

"Das Nein im Norden stimmt Brüssel nachdenklich" in Frankfurter Allgemeine Zeitung
(30. November 1994)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Zeitung für Deutschland. 30.11.1994. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"das_nein_im_norden_stimmt_brussel_nachdenklich"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_30_november_1994-de-3c7fe088-08f5-4908-a28e-97cb05ab67d2.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Das Nein im Norden stimmt Brüssel nachdenklich

Wieviel Uneinigkeit verträgt der Maastrichter Vertrag? / Wenig Auswirkungen erwartet / Von Peter Hort

BRÜSSEL, 29. November. Das Volk der Norweger hat den Brüsseler Beamten und Diplomaten schon viele schlaflose Nächte bereitet. 1972, als Norwegen zusammen mit Dänemark, Irland und Großbritannien der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten wollte, erwiesen sich die Verhandlungen der Fischereirechte wegen als äußerst schwierig. Schon damals zeigte die norwegische Bevölkerung der Gemeinschaft in einer ersten Volksabstimmung die kalte Schulter. Zweiundzwanzig Jahre später hat sich das Drama wiederholt: Abermals gab es Beitrittsverhandlungen, die mehrfach vom Scheitern bedroht waren. Am Schluß ging es nur noch um 7000 Tonnen Kabeljau, die die Spanier gebieterisch aus norwegischen Gewässern forderten. Doch auch diesmal waren alle Anstrengungen der Außenminister umsonst. Norwegen hat zum zweiten Mal nein gesagt.

Nun ist das Bedauern in Brüssel zwar groß. Aber in die Trauer, die die Organe der Gemeinschaft am Dienstag fast einmütig hören ließen, mischen sich auch einige Krokodilstränen. Zum einen war der negative Ausgang der Volksbefragung allgemein erwartet worden, auch wenn der Abstand zwischen Nein- und Jastimmen in den vergangenen Tagen immer kleiner zu werden schien. Zum anderen wird, häufig nicht einmal hinter vorgehaltener Hand, mit Erleichterung festgestellt, daß die Gemeinschaft zumindest einen schwierigen Anwärter los sei. "Wenn in einem Land wie in Norwegen die Idee der Absonderung offenkundig so tief verwurzelt bleibt, dann muß man es seinen eigenen Weg ziehen lassen", sagte ein hoher Beamter der Europäischen Kommission.

In einer Zeit, da nach der Erweiterung um Österreich, Schweden und Finnland schon die Osterweiterung der Gemeinschaft ins Blickfeld gerät, ist das Nein der Norweger auch ein Anlaß, über den weiteren Bauplan der Union nachzudenken. Wieviel Heterogenität verträgt der Staatenverbund von morgen 15 und übermorgen vielleicht 21 oder gar noch mehr Mitgliedern, wenn der Vertrag von Maastricht mit dem Ziel einer immer engeren Verknüpfung der Länder Richtschnur bleiben soll? "Wir können nicht immer mehr Mitglieder aufnehmen, ohne über gewisse Bedingungen wie auch Konsequenzen nachzudenken", hieß es am Dienstag in Brüssel. Das Kerneuropa einiger weniger werde immer wahrscheinlicher.

Zunächst ging es den Beamten der Kommission jedoch darum, die unmittelbaren Konsequenzen des norwegischen Neins auszuloten. Sie halten sich nach einer ersten Prüfung offenbar in Grenzen. Als weiterer Nettozahler - das Land hätte mehr in die Brüsseler Gemeinschaftskasse eingezahlt als von dort an Rückflüssen erhalten - hätte Norwegen zwar etwa 700 Millionen beigesteuert; diese Quelle wäre aber erst in einigen Jahren ergiebig geworden. Dank einer großzügigen Übergangsregelung hätte Oslo nächstes Jahr nur einen geringfügigen Betrag nach Brüssel überweisen müssen. Jene, die vorschnell die Isolierung des Landes im Norden beklagen, haben unrecht: Norwegen bleibt der EU über den Europäischen Wirtschaftsraum eng verbunden und nimmt am gemeinsamen Binnenmarkt fast ungeschmälert teil.

Auch die juristischen Folgen des Neins scheinen sich allem Anschein nach in Grenzen zu halten. Die Beitrittsverträge der drei übrigen Kandidaten können ohne Überarbeitung in Kraft treten; Österreich, Schweden und Finnland werden zum 1. Januar 1995 Mitglieder der EU. Die knifflige Frage, wie sich nun die Stimmengewichte der Partnerländer im Ministerrat verändern, läßt sich nach Einschätzung von Außenkommissar van den Broek arithmetisch lösen, ohne daß neu verhandelt wird. So wächst die Gesamtzahl der Stimmen ohne Norwegen von 76 auf 87 - drei Stimmen weniger als ursprünglich erwartet. Die qualifizierte Mehrheit schrumpft von 64 auf 62 und die Sperrminorität von 27 auf 26 Stimmen. Demzufolge verringert sich auch die von Großbritannien im Frühjahr mit Härte durchgesetzte "Ioannina-Formel" zu der schmalen Bandbreite von 23 bis 25 Stimmen: Sagen Mitgliedsländer mit diesem Stimmengewicht nein, muß der Ministerrat eine Denkpause einlegen.

Fraglich blieb am Dienstag in Brüssel die Folge des Neins auf die Fischereirechte der Spanier und Portugiesen. Denn während der Beitrittsverhandlungen hatte man sich, nach zermürendem Hin und Her, darauf verständigt, die beiden Fischereinationen im Süden rascher als ursprünglich vorgesehen an den

Vorzügen des Fischereiregimes der Gemeinschaft teilnehmen zu lassen. Zum Entsetzen der Diplomaten könnte Spanien nun die seinerzeit hart erstrittenen Zugeständnisse einklagen. Madrid hat ohnehin gedroht, die Erweiterung der EU um die drei Kandidaten durch Verweigerung der Ratifizierung aufzuhalten, wenn der spanischen Fischerei-Armada - sie ist mit Abstand die größte der EU - von 1996 an nicht die vollen Fischereirechte zugestanden werden.

Allein dieses neuen Streites wegen kann der frühere norwegische Außenminister Thorvald Stoltenberg froh sein, nicht als neuer Fischerei-Kommissar in Brüssel tätig werden zu müssen. Der Ministerrat verkommt ohnehin mehr und mehr zu einem Basar, in dem kleinliche Krämer tage- und nächtelang um lächerlich wenige Tonnen Fisch, Bananen oder Milch streiten und das jeweilige nationale Interesse gegen die Ziele der anderen in Form von Junktims so ausspielen, daß Entscheidungen wochenlang blockiert werden.

Nach dem Nein der norwegischen Bevölkerung zum EU-Beitritt am Montag sind alle Volksabstimmungen vor der Erweiterung am 1. Januar 1995 abgeschlossen. Sie brachten folgende Ergebnisse:

Datum	Land	Ja	Nein	Beteiligung	stimmberechtigt
12. Juni	Österreich	66,6	33,4	81,2	5,8 Millionen
16. Oktober	Finnland	57,1	42,9	74,0	4 Millionen
13. November	Schweden	52,3	46,8	83,3	6,5 Millionen
28. November	Norwegen	47,7	52,3	88,6	3,3 Millionen

Alle Angaben in Prozent. In Schweden gaben 0,9 Prozent der Berechtigten eine ungültige Stimme ab oder enthielten sich der Stimme. Das norwegische Ergebnis wurde nach Auszählung von 99,3 Prozent der Stimmen ermittelt.